

EU gibt 37,65 Millionen Euro für Terror gegen Israel aus



Im Jahr 2019 hat die EU mindestens 5,8 Millionen Euro an Gruppen mit Verbindungen zur terroristischen Volksbefreiungsfront Palästina (PFLP) bezahlt, die unter anderem mit der Ermordung der 17-jährigen Rina Shnerb am 23. August 2019 in Verbindung steht. Die EU und die Bundesregierung finanzieren laut eines Likud-Abgeordneten außerdem die Kampagne gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu.

In den Jahren 2011-2018 hat die EU bereits 31,2 Millionen Euro für NGOs mit Verbindungen zur PFLP bereitgestellt, wie NGO-Monitor in ihrem PFLP-Bericht festhält. Laut des neuen NGO-Monitor-Berichts zur EU-Finanzierung 2019 „Spaltung, Terror und Antisemitismus“ vom Oktober 2020 finanzierte die EU im vergangenen Jahr 32 Projekte mit insgesamt 30,1 Millionen Euro in den Palästinensischen Autonomiegebieten und neun Projekte in Israel mit insgesamt 3,3 Millionen Euro.

Die EU finanziert ausschließlich israel-feindliche und pro-palästinensische NGOs, beklagt NGO-Monitor. Keines der EU-Projekte dient dazu, die Sicherheit oder Verteidigung Israels zu stärken oder konservative NGOs zu fördern.

„Es ist unerträglich, dass Deutschland und die EU sich ausgerechnet in die inneren Angelegenheiten Israels einmischen, und mit nicht unerheblichen Beiträgen (unseren Steuergeldern) auch Terror, Boykott und gewaltsame

Ausschreitungen unterstützen. Das muss sofort aufhören, ohne wenn und aber“, so der EU-Haushaltsberichterstatter 2019, Joachim Kuhs (AfD).

Mindestens drei Projektfinanzierungen von insgesamt einer Million Euro dienten dazu, direkten Einfluss auf die israelische Politik zu nehmen, darunter 299.988 Euro für die Open-Society-finanzierten NGOs Association for Civil Rights in Israel (ACRI) und Human Rights Defenders Fund (HRDF) sowie dem Movement for Freedom of Information, so NGO-Monitor.

Die Soros-finanzierten ACRI und HRDF gehören zu den treibenden Kräften hinter der Prozesslawine an großteils aufgebauschten Vorwürfen gegen den israelischen Premier Benjamin Netanjahu. Vergangenen Monat beklagte sich der Vorsitzende des Ausschusses gegen Delegitimierung Israels und Antisemitismus in der Knesset, Ariel Kallner, in einem Brief an die deutsche Botschafterin Susanne Wasum-Rainer, Deutschland und die EU würden die Verteidigung der gewaltsamen Demonstrationen vor dem Haus des Premierministers über „Lawfare“-Gruppen wie HRDF, HaMoked und der Society of St. Yves bezahlen.

Als Außenminister Heiko Maas im Juni Israel besuchte, protestierten wütende Opferfamilien vor dem Außenministerium gegen die deutsche und europäische Finanzierung von HaMoked, die Terroristen verteidige, so die Hinterbliebenen laut Arutz Sheva. Die Opferfamilien warfen Maas in einem offenen Brief vor, mit deutschen Steuergeldern „soziale Unruhen“ in Israel zu stiften. HaMoked habe in den vergangenen Jahren 73 Terroristen verteidigt, die für die Ermordung von 71 Israelis verantwortlich seien.

2011-2019 hat die EU laut NGO Monitor mindestens 37,65 Millionen Euro an Gruppen bezahlt, die mit PFLP-Terrorismus in Verbindung stehen, darunter die Union of Agricultural Work Committees (UAWC), Union of Palestinian Women's Committees (UPWC), Al-Dameer, Defense for Children International-Palestine (DCI-P), Health Work Committees (HWC),

Bisan Center, Palestinian Center for Human Rights (PCHR), Al-Haq, Red Crescent Society for the Gaza Strip (RCS4GS), Society of St. Yves, Ma'an Development Center, und dem Palestinian NGO Network (PNGO).

Der Mörder der 17-jährigen Rina Shnerb , die am 23. August 2019 beim Wandern mit ihrem Vater und Bruder an den Quellen von Ein Buven in Judea von einer ferngezündeten Bombe getötet wurde, arbeitete in der Vergangenheit für NGOs, die von der EU, der deutschen Bundesregierung und den Parteistiftungen der Grünen und Linken finanziert werden, wie NGO-Monitor im Oktober 2019 enthüllte. Der damals 44-jährige Samer Arbid, Anführer des PFLP-Terrorkommandos, war als Finanzchef nicht nur der PFLP, sondern auch für die NGOs Addameer („Gewissen“) und die Union of Agricultural Work Committees (UAWC) tätig. Addameer wird von der Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen und UAWC von der Rosa-Luxemburg-Stiftung der Linken finanziert.